



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 21. Jänner 2016

**von
GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Polz-Watzenig**

Betrifft: Information für die Bezirksbevölkerung zu den Themen Flucht, Asyl und Unterbringung

Krieg, Gewalt und Terror zwingen Menschen, ihre Heimat zu verlassen und Schutz in einem anderen Land zu finden. 60 Millionen Menschen sind derzeit weltweit davon betroffen und so nimmt auch die Zahl der Schutzsuchenden in Österreich zu. 2015 war von dieser Situation sehr geprägt und auch 2016 werden uns die Bemühungen um die Versorgung und Unterbringung von Schutzsuchenden in Graz weiter begleiten. Die großen Trägereinrichtungen, die Grazer Pfarren und viele Menschen aus der Zivilbevölkerung leisten seit Monaten Großartiges und wir können als Menschenrechtsstadt stolz auf die vielen Zeichen gelebter Solidarität sein.

Die Situation wird aber auch von vielen Menschen in unserer Stadt als besorgniserregend und zunehmend unkontrollierbar erlebt. Falschinformationen in den sozialen Medien aber auch die schwer nachvollziehbare Kommunikationsstrategie des Bundesministeriums für Inneres zu den Planungen bei der Unterbringung von AsylwerberInnen tragen dazu bei, dass Ängste geschürt werden und Verunsicherung entsteht.

Die zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft dürfen wir als verantwortungsvolle StadtpolitikerInnen nicht einfach hinnehmen. Deshalb braucht es gegenwärtig - wie vom österreichischen Caritas-Präsidenten Michael Landau immer wieder gefordert - Haltung, Information und Begegnung, um die aktuelle Situation nachhaltig bewältigen zu können und ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt zu sichern.

Die Erfahrungen in den Bezirken zeigen, dass sehr oft das Fehlen von sachlichen Informationen zum Thema Asyl, eine unzureichende Kommunikation der konkreten Planungen von Bund und Land hinsichtlich der Unterbringung von AsylwerberInnen, als auch kulturelle und sprachliche Barrieren zu Ablehnung führen können. Flüchtlingsunterkünfte und deren BewohnerInnen werden häufig vorerst als störend empfunden und von den AnrainerInnen als Sicherheitsrisiko für das Umfeld gesehen. Am Beispiel des Caritas-Hauses in der Raimundgasse zeigt sich jedoch, dass durch eine offensive Informationspolitik, die vom Bezirksrat St. Leonhard mitgetragen wurde, sowie durch die Vernetzung von Heimleitung, Pfarre und Ehrenamtlichen, die sich engagieren wollen, anfängliche Ängste in der Bevölkerung deutlich reduziert werden konnten.

Die BezirksrätInnen nehmen hierbei eine entscheidende Rolle ein, haben sie doch die Funktion, eine engere Verbindung zwischen der Bevölkerung und der Stadt Graz herzustellen. Damit sie diese Aufgabe einer offensiven und verantwortungsvollen Kommunikation und Information in dieser nicht einfachen Situation gut bewältigen können, brauchen sie die tatkräftige Unterstützung der Stadtpolitik. Gemeinsam mit Pfarren und solidarischen Initiativen sollten durch Informationsveranstaltungen in allen Bezirken Ängste angesprochen und eine gute Vernetzung von Kräften, die ein gelingendes Zusammenleben befördern, geschaffen werden.

Professionelle Unterstützungsangebote für die Förderung eines guten Zusammenlebens, auf die zurückgegriffen werden kann, gibt es bereits. Der Verein ZEBRA widmet sich beispielsweise mit dem Angebot "Zusammenleben in Quartier und Gemeinde", gefördert vom Land Steiermark Ressorts Integration und Soziales, diesem Thema und erstellt, je nach Anliegen der Gemeinde und der Menschen vor Ort, entsprechende Unterstützungsangebote. Gestartet wurde das Projekt im August 2014 mit vier freiwilligen Pilotgemeinden, mittlerweile (November 2015) wurden mehr als 60 steirische Gemeinden mit Flüchtlingsquartieren bei ihren unterschiedlichsten Fragen zum Thema Flucht und Asyl unterstützt. ZEBRA kooperiert dabei immer mit den Verantwortlichen der jeweiligen Gemeinde, d.h. mit den BürgermeisterInnen und den Ansprechpersonen im Gemeindeamt.

Durch Aufklärungsarbeit und gemeinsame Aktivitäten soll das gegenseitige Verständnis von einheimischer Bevölkerung und Menschen aus dem Asylquartier gefördert und eine bessere Einbindung auch anderer sozialer Gruppen in das Gemeindegeschehen erreicht werden, damit sich alle in der Gemeinde wohl und willkommen fühlen. Die Hauptaufgaben der ZEBRA-MitarbeiterInnen sind dabei Aufklärung, Beratung, Information, Unterstützung bei Veranstaltungen und Initiativen vor Ort

sowie Vernetzungsarbeit zwischen Gemeinde, Organisationen und Ehrenamtlichen. Dieses Angebot könnten auch die Stadt Graz bzw. die jeweiligen Bezirke in Anspruch nehmen.

Namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG stelle ich daher folgenden

Dringlichen Antrag

1. Der Gemeinderat bekennt sich zur Zielsetzung einer offensiven, transparenten und sachlichen Kommunikation mit der Grazer Bevölkerung zu den Themen Flucht, Asyl und Unterbringung von AsylwerberInnen.
2. Die Präsidialabteilung wird in Zusammenarbeit mit dem Büro für BürgerInnenbeteiligung beauftragt, ein Konzept für Informationsveranstaltungen in allen Grazer Bezirken zum Thema Flucht, Asyl und Unterbringung zu erstellen. Vordringlich sollten diese Informationsveranstaltungen in jenen Bezirken durchgeführt werden, wo mehrere AsylwerberInnenquartiere bzw. Transitquartiere bereits bestehen oder in Planung sind. Bei der Konzepterstellung ist zu prüfen, ob das Angebot des Vereines ZEBRA "Zusammenleben in Quartier und Gemeinde" in Anspruch genommen werden kann, um die BürgerInnen zu informieren, zu unterstützen und zu vernetzen. Weiters ist zu prüfen, welche VerantwortungsträgerInnen (Bund, Land, Stadt QuartiersbetreiberInnen) zu diesen Informationsveranstaltungen einzuladen sind, in welcher zeitlichen Abfolge diese Informationsveranstaltungen durchgeführt werden können und mit welchem Aufwand zu rechnen ist. Dieses Konzept ist bis März 2016 dem Ausschuss für Verfassung sowie dem Integrationsausschuss zur Diskussion vorzulegen.